

1. MAI 2015

Gute Arbeit – Gute Löhne

Gilt für Beamte im Saarland eher die Formel „Mehr Arbeit – weniger Lohn“?

Von unserem Landesvorsitzenden Ralf Porzel

Am Freitag, dem 1. Mai 2015, fand in Saarbrücken die traditionelle Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. 4000 saarländische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter trafen sich in Saarbrücken vor dem Staatstheater auf dem Tifliser Platz und zogen in einem beeindruckenden Zug durch die Landeshauptstadt zum Saarbrücker Schloss, wo unter dem Motto „Protest

hinzuweisen. Wir haben unter dem Motto „Uns Beamten reicht's – Tarifübertragung jetzt!“ dem Unmut unserer Beschäftigten Ausdruck verliehen. Seit Jahren wird die Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien von politisch Verantwortlichen in den Ländern mit Füßen getreten, indem man über öffentliche Erklärungen und die Schaffung haushaltstechnischer Fakten Tarifverhandlungen zu beeinflussen

Klage zu prüfen sein, wo die Grenzen für die Dienstherren zu ziehen sind. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen zur Besoldungsabkopplung der Beamten in NRW ist hier beispielgebend. Das Prinzip „Besoldung folgt Tarif“ muss wieder Standard in der Republik werden.

Die Ministerpräsidentin des Saarlandes hat die Spitzenverbände für den 19. Mai 2015 eingeladen, um unter Einbe-



Uns Beamten reicht's! – Tarifübertragung jetzt! Ralf Porzel zwischen Peter Balnis (GEW-Landesvorsitzender) und Thomas Müller (ver.di-Geschäftsführer Saar-Trier).

Foto: Lothar Schmidt

und Fest“ die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Mittelpunkt der Reden standen. Aktuelle Themen wie Zuwanderung, Mindestlohn, aktuelle Tarifaueinandersetzungen und Humanisierung der Arbeitswelt wurden vom DGB-Chef Eugen Roth und dem sozialpolitischen Mitarbeiter des Vorstandes der IG Metall, Christoph Ehlscheid, in ihren Reden aufgegriffen.

Die GdP hat gemeinsam mit den ÖD-Gewerkschaften im DGB – ver.di, GEW und IG BAU – die Veranstaltung genutzt, um auf die im Saarland noch immer offene zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses

versucht. Fallen die Tarifabschlüsse aus Arbeitgebersicht zu hoch aus, wird reflexartig versucht, die unausweichlichen Ausgaben auf der Tarifseite bei der Beamtenbesoldung wieder einzusparen. Die inhaltliche oder zeitliche Abkopplung der Beamten von Tarifabschlüssen sowie die Deckelung von Besoldungserhöhungen führen zu einer sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Tarif- und Besoldungsentwicklung, aber auch zwischen Besoldung und der allgemeinen Einkommensentwicklung. Sollte sich diese Entwicklung der Ausnutzung einer einseitigen Rechtssetzungskompetenz weiter fortsetzen, wird im Wege einer

ziehung der aktuellen Steuerschätzung in der politischen Gesprächsrunde „Zukunftssichere Landesverwaltung“ die Übertragung des Tarifabschlusses zu verhandeln. Wir hoffen, dass mit dem Erscheinen dieser Ausgabe ein tragfähiges Ergebnis auf dem Tisch liegt und eine zeitnahe Zahlbarmachung folgt.

GdP-Osteraktion 2015

Am Ostersonntag machte sich wie in den vergangenen Jahren der

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

„GdP-Osterhase“ auf den Weg zu unseren Kolleginnen und Kollegen, die in der Osternacht Dienst verrichten mussten. Im Gepäck hatte er, wie

gruppenvorsitzenden auf allen Nachtdienst verrichtenden Dienststellen im Land unterwegs. Außer den Ostergrüßen war das Wichtigste in dieser Nacht das Zuhören! In den Gesprächen auf über zwanzig Dienststellen

für, dass junge Kolleginnen und Kollegen nicht überfordert und dabei Risiken ausgesetzt werden und der Wissenstransfer von erfahrenen zu jungen Beamten sichergestellt ist. Die Reihung der in der Osternacht



GdP-Ostergruß in der Osternacht: Die Körbchen sind gepackt für die Nachtdienste im Land.



Foto: Porzel

es sich für Ostern gehört, ein ansehnliches Osterneest und einiges an aktuellen Informationen. Neben mir waren unsere Personalrats- und Kreis-

konnten wir wertvolle Informationen, Hinweise, aber auch zum Teil deutliche Kritik unserer Kolleginnen und Kollegen mitnehmen, um sie in unsere gewerkschaftliche und personalrätliche Arbeit z. B. im laufenden Evaluierungsprozess einzubringen.

diskutierten Themen ließe sich noch fortsetzen und wird sicherlich Gegenstand der Befassung in unseren Gremien sein.

Wesentliches Thema waren die Schwierigkeiten bei der Dienst- und Personaleinsatzplanung vor dem Hintergrund der angespannte Personalsituation und einer hohen Belastung durch Einsatzlagen und Ermittlungsgruppen. Mangelnde Planungssicherheit und Vorhersehbarkeit, häufige Dienstplanveränderungen mit allen sozialen und familiären Begleiterscheinungen wurden kritisiert; „Dienst auf Zuruf“ war ein häufig gebrauchter Begriff.

Organisationsfortentwicklung – Evaluierungskommission

In einer zweiten Sitzung des Beirates zur Begleitung der Evaluierung wurde darüber informiert, dass die von Innenminister Klaus Boullion eingesetzte Evaluierungskommission sich zwischenzeitlich eine Arbeitsstruktur (Unterarbeitsgruppen) gegeben und die im Prüfprozess zu analysierenden Themenfelder herausgearbeitet hat. In einem nächsten Schritt soll damit begonnen werden, die Themen nochmals zu clustern und, mit einer Priorisierung versehen, abzuarbeiten. Die Aufgabe der GdP und ihrer Personalräte wird es sein, in diesem Beirat die Arbeitsschritte und Zwischenergebnisse zu bewerten und dazu Stellung zu beziehen. Wesentliche Aufgabe aber wird es sein, über den Beirat die Interessen unserer Mitglieder und der Beschäftigten in den Prüfprozess und die Arbeit der AG einzubringen. Um diese Interessen zu bündeln und zu kanalisieren, sind wir dabei, eine Mitgliederbefragung vorzubereiten, um deren Ergebnisse und die sich daraus ergebenden Handlungsableitungen in die Arbeit der Kommission einzubringen.

Daneben waren in den sogenannten „B“-Inspektionen unter der Überschrift „Verlaufsmodell“ die Schwierigkeiten der Koordinierung von Schließzeiten, deren Einplanung in die Intervention sowie die Belastung lebenslanger und verwendungseingeschränkter Kolleginnen und Kollegen Themen. In vielen Dienststellen konnten wir feststellen, dass die großen Einstellungen für eine deutliche Verjüngung des Personalkörpers sorgen. Im Einzelfall waren jedoch Konstellationen vorhanden, in denen sich die Altersstruktur verkehrt hat und fast ausschließlich junge Kolleginnen und Kollegen zusammen Dienst verrichteten. Eine gesunde Altersstruktur ist aber auch Voraussetzung da-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp.de

Redaktion:
Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: Lothar.Schmidt@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489



VERTRAUENSLEUTEKONFERENZ 2015

Konferenz mit Innenstaatssekretär Seel

Auch im Jahre 2015 lud die GdP nach Kirkel ein: Am 21. April 2015 nahmen 69 (!) Vertrauensleute und Vorstandsfunktionäre von 138 eingeladenen Mitgliedern aus allen Kreisgruppen an dieser für den Informationsaustausch mit- und untereinander sehr wichtigen Konferenz teil.

Eröffnet wurde die Konferenz durch unseren GdP-Landesvorsitzenden Ralf Porzel. Er stellte in seinem ausführlichen und interessanten Bericht die Ereignisse rund um die Ankündigungen des Ministers für Inneres und Sport, Herrn Klaus Boullion, Ende Januar 2015 dar. Ralf Porzel gab einen interessanten Einblick in die daraus entstandenen Gespräche und Abläufe innerhalb der Polizei und des zuständigen Ministeriums. Ebenso sachlich wie kritisch wurden die mittlerweile in die Wege geleiteten Umsetzungen dieser Ankündigungen dargestellt und beleuchtet. Ein für die Polizei mühevoller Weg wird beschritten, jedoch alternativlos, würde man ein Fazit formulieren wollen.

Ein kurzer Auftritt von Vertretern der Signal Iduna-Versicherung als Kooperationspartner der GdP erläuterte den einjährigen und kostenlosen Unfallschutz für wechselwillige GdP-Mitglieder.

Nach dem leckeren Mittagessen blieb es weiterhin spannend. Der neue Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Sport, Herr Christian Seel, stellte sich und Teile seines Teams, unter anderem den Direktor der Polizei, Ulrich Schmal, vor. Klare Worte, klare Kante. (Neu-)Staatssekretär Christian Seel machte nach einem kurzen Abriss seines Werdegangs konkrete Aussagen darüber, wie er sich in Zukunft die Zusammenarbeit mit seinen Abteilungen, der Polizei und der GdP vorstellt. Konstruktives Miteinander, ein fairer, ehrlicher und verantwortungsvoller Umgang untereinander, das sind die Vorgaben, die selbstverständlich sein sollten. Er erklärte, dass an dem Abbau von 300 Stellen bei der Polizei bis 2020 nicht gerüttelt werde. Diese Abbauphase laufe kontinuierlich weiter. Eine prominent besetzte, in der Vergangenheit bereits beschlossene Evaluierungs-



Ralf Porzel referiert vor unseren Vertrauensleuten,

Foto: Britz

kommission (genannt: EVAKOM) wird die bisherige Umbauphase der saarländischen Polizei kritisch beleuchten und Verbesserungsvorschläge einbringen. Staatssekretär Christian Seel stellte sich anschließend für eine Fragerunde zur Verfügung. Die Vertrauensleute machten von diesem Angebot auch rege Gebrauch.

Kollege Carsten Baum, Vorsitzender der größten Kreisgruppe LPP, wies zum Beispiel auf den Umstand hin, dass die Bereitschaftspolizei für den bevorstehenden Einsatz mit längerer Einsatzdauer auf dem diesjährigen G7-Gipfel (Schloss Elmau in Bayern) mit einer Überstundenzahl von ca. 40 000 rechnet. Er forderte daher eindringlich die 1:1-Vergütung dieser Überstunden.

Vielfältige Probleme wurden offen angesprochen, auch die Vertreter der Angestellten schilderten aus ihrer Sicht die bestehenden Problematiken bei ihren Mitgliedern. Staatssekretär Seel zeigte sich interessiert an den Darstellungen. Viele der dargestellten Probleme werden seiner Aussage nach in der EVAKOM besprochen und entschieden, sodass es in dieser Vertrauensleutenkonferenz zu keinen konkreten Aussagen kam. Er konnte jedoch die Bedenken aus dem Weg räumen, die Verkehrssicherheitsarbeit werde in der EVAKOM zu kurz kommen. Ulrich Schmal wird die Belange der Verkehrssicherheitsarbeit dort vertreten.

Gegen 15 Uhr hatte unser Landesvorsitzender Ralf Porzel wieder das Wort. Ausführlich erklärte er die schwierigen, aber letztendlich erfolgreichen Tarifverhandlungen für den Bereich der Tarifbeschäftigten und die daraus resultierenden Tarifergebnisse und Abschlüsse. Als Hoffnungsschimmer für eine adäquate Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich im Saarland wertete er die Bremer Übernahme zum

1. 7. 2015 ohne sonstige Abstriche (!). Auch der GdP-Rechtsschutz und seine Nutzung sowie Veranstaltungen der sehr aktiven JUNGEN GRUPPE Saarland waren Thema der Konferenz. Ein Hinweis auf den 1. Mai und die zur Tradition gewordene Teilnahme an der Mai-

Demo in Saarbrücken rundeten den Vortrag von Ralf Porzel ab.

Als vorletzten Punkt der Tagesordnung stellte sich der „neue“ Koordinator der Vertrauensleutenarbeit, unser Kollege Thomas Ehlhardt, den Anwesenden vor. Gemeinsam mit seinem Mitstreiter, Kollege Uwe Dörr, wird er sich in Zukunft rund um die Angelegenheiten der Vertrauensleute kümmern. Er wies in diesem Zusammenhang auch gleich auf das im Herbst kommende Vertrauensleuteseminar (voraussichtlicher Termin 19. bis 21. Oktober 2015) hin. Die für eine funktionierende Vertrauensleutenarbeit wichtige „Kompetenzrichtlinie“ wird ebenfalls in Angriff genommen und noch in diesem Jahr „das Licht der Welt erblicken“. In diesem Zusammenhang wird auch der Auftritt der Kreisgruppen im Internet überarbeitet und verbessert. Bei dieser Umsetzung unterstützt der Beisitzer des geschäftsführenden Landesvorstandes und Internetbeauftragten, Kollege Patrik End, mit Rat und Tat.

Last, but not least gab es noch von unserem Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes und Vorsitzenden der Kreisgruppe LKA, Kollege Stefan Schnubel, eine wichtige Information: Bei den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in diesem Jahr gibt es genau ein Team, welches sich zur Wahl stellt: Das Team der GdP!

Das Berufsbildungszentrum Kirkel war also auch in diesem Jahr wieder ein sehr angenehmer, äußerst informativer und sehr gut organisierter Veranstaltungsort für die Vertrauensleutenkonferenz. Die Herausforderungen der Zukunft können nur von einer starken GdP und engagierten Vertrauensleuten gemeistert werden. Wir sind dran!

Jan Karsten Britz



Mitgliederversammlung

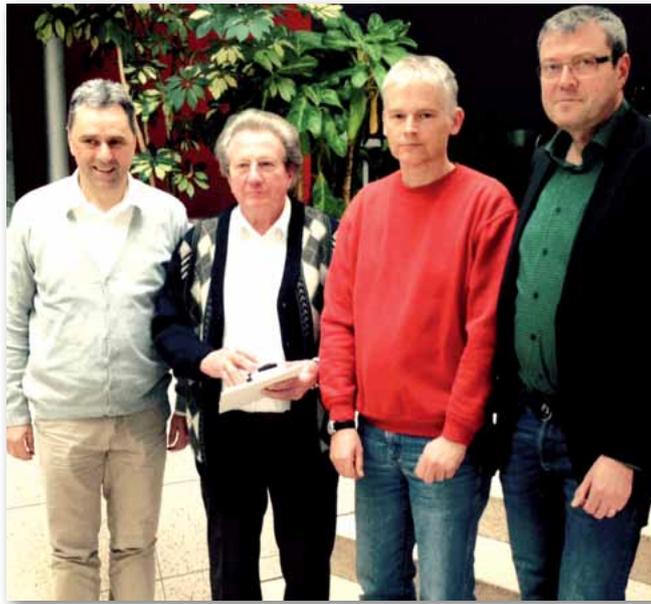
Am Donnerstag, dem 26. Februar 2015, fand unsere diesjährige Mitgliederversammlung in der Kantine Mainzer Straße statt. Neben den eingeladenen Mitgliedern unserer Kreisgruppe folgten auch der LPVP, Herr Hugo Müller, und der Direktionsleiter des LPP 2, Herr Harald Schnur, unserer Einladung.

Daneben war auch der Landesverband der GdP durch Ralf Porzel, der PHPR durch Bruno Leinenbach, der ÖPR der PS/Dir durch Dirk Britz und die Kreisgruppe Saarbrücken-Land durch Thomas Schlang in der Versammlung vertreten.

Als besonders informativ gestaltete sich der Vortrag des Landespolizeivizepräsidenten Hugo Müller, der auf die aktuellen Entwicklungen einging. Hugo Müller stellte in seinem – nach seinen eigenen Angaben – „kurzen Grußwort“ die aktuelle Situation der saarländischen Polizei dar und gab einen Ausblick auf die Planung für die kommenden Jahre. So sieht Hugo Müller in diesen „schwierigen Zeiten“ die Herausforderungen insbesondere im Umgang mit der „neuen politischen Kultur“, den immer höher werdenden Einsatzbelastungen, dem Verlust von Erfahrungswissen durch die bevorstehenden starken Pensionierungswellen und dem durch die Schuldenbremse bedingten weiteren Personalabbau.

Auch auf die medienwirksamen Äußerungen des saarländischen Ministers für Inneres und Sport kurz zuvor, Klaus Bouillon, ging Hugo Müller ein. So ergibt sich durch die Äußerungen auch in der momentanen Situation keine Änderung der bisherigen grundlegenden Planungen. Geändert hat sich lediglich der Zeitpunkt der Einrichtung der Arbeitsgruppen zur Evaluation der Neuorganisation in der Polizei.

Die insgesamt fünf Arbeitsgruppen haben dabei die Aufgabe zu klären, ob die getroffenen Entscheidungen richtig und effektiv gewesen sind, ob sich die organisatorischen Prognosen erfüllt haben und ob die getroffenen



Ralf Porzel, Herbert Bantle, Winfried Schmitt und Stefan Schnubel bei der Jubilarehrung. Foto: Schirra

Organisationsentscheidungen auch die gewünschten Wirkungen erzielt haben. Bei all den daraus folgenden Maßnahmen wird insbesondere die Stärkung der Operative einen hohen Stellwert besitzen.

Im Rahmen dieser Ausführungen sprach Hugo Müller Problembereiche an, die von außen auf die saarländische Polizeibehörde einwirken. Hierzu wurden beispielsweise die Besetzungssperren für Tarifbeschäftigte und die verschiedenen Verantwortlichkeiten für das Personal einerseits und dessen Einstellung und Bezahlung andererseits genannt. Ebenso stellt die Nichteinhaltung politischer Zusagen die saarländische Polizei vor neue Herausforderungen.

Der Leiter der Direktion LPP 2, Harald Schnur, gab in seinem Grußwort einen Überblick über die aktuelle Kriminalitätslage. So hat sich im Laufe der Jahre nicht nur das Gesamtvolumen der Kriminalität negativ verändert, sondern auch die Kriminalität selbst. So haben sich sowohl die Erscheinungsformen als auch die Qualität der Kriminalität stark verändert. Alleine die beispielhaft genannten Bereiche „NSA-Affäre“, „NSU-Morde“ und der „islamistische Terror“ und die daraus entstandenen polizeilichen Maßnahmen führen zu einer starken Ressourcenbindung und damit auch zur immer weiter steigenden

Belastung der in der Kriminalitätsbekämpfung eingesetzten Beamten. Wobei auch durch die relativ „neuen“ Kriminalitätsfelder wie „Cybercrime“ und dem „Wohnungseinbruch durch reisende Banden“ weitere belastende Faktoren hinzugekommen sind, die von der Organisation zu bewältigen sind.

Die Sorge und damit auch der Fokus der Direktionsebene liegt deshalb auch auf dem Schutz der Beamten vor einer ständig steigenden Be- und Überlastung, die unweigerlich zu gesundheitsbedingten Personalausfällen führen würde.

Auch im Grußwort des GdP-Landesvorsitzenden Ralf Porzel wurde die aktuelle politische Situation thematisiert. Insbesondere das „Wasserkopf-Thema“ für die saarländische Polizei wurde von Ralf angesprochen und kritisiert.

Ferner wurden die Bemühungen des Landes zur Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Gesundheitsmanagement ebenso begrüßt wie die bevorstehende Evaluierung der Organisationsreform. So hätten sich viele Faktoren seit der AG 2020 verändert und entwickelt, teilweise eben auch „anders“ entwickelt.

Letztendlich betonte Ralf noch einmal die Forderung der GdP nach 100 Einstellungen in den zukünftigen Jahren.

In der Folge trug Stefan Schnubel den Bericht des Kreisgruppenvorsitzenden vor, der dann vom Kassenbericht der Kreisgruppe ergänzt wurde. Bei den anschließend durchgeführten Ehrungen der langjährigen Mitglieder wurden Herbert Bantle (50 Jahre GdP-Mitgliedschaft) und Winfried Schmitt (25 Jahre GdP-Mitgliedschaft) geehrt. Nach dem offiziellen Ende der Veranstaltung wurde ein kleiner Imbiss gereicht, bei dem in ungezwungener Runde noch Zeit blieb, das Gehörte zu diskutieren und sich auch über „dienstfremde“ Dinge zu unterhalten.

Helmut Schirra,
Vorstand der Kreisgruppe LKA



Aktueller Sachstand zu drei Themen

1. Bearbeitungszeiten

Umstellung auf Stapelbearbeitung und Einrichtung des Servicecenters hatten anfänglich zu einer erheblichen Beschleunigung der Bearbeitung geführt. Die Beihilfeberechtigten hatten ihren Bescheid oft schon binnen einer Woche nach Antragseingang bei der Beihilfestelle. Seit Jahresbeginn 2015 ging es dann auf einmal wieder sehr schleppend, zum Teil vergingen acht Wochen, bis die Beihilfe auf dem Empfängerkonto war. Aufgrund zahlreicher Beschwerden reklamierten GdP und PHPR beim Finanzministerium. Dieses erklärte die Bearbeitungsrückstände mit hohem Arbeitsanfall um den Jahreswechsel herum, der anschließenden Grippewelle, die auch vor dem Personal der Beihilfestelle nicht haltgemacht hat, sowie weiteren Personalproblemen. Man nahm sich jedoch der Probleme an; mittlerweile hat sich aufgrund unserer Stichproben die Bearbeitungszeit wieder bei 15 Tagen und weniger eingependelt.

2. Festbeträge bei Arzneimitteln

Für immer mehr Wirkstoffe hat der „Gemeinsame Bundesausschuss“ Festbeträge bestimmt. Aufwendungen des Patienten für ein Medikament, das einen bestimmten, der Festbetragsregelung unterliegenden Wirkstoff enthält, werden seitens der Krankenkasse und Beihilfestelle nur in Höhe des Festbetrages erstattet (Hinweis-Nr. 1415 im Beihilfebescheid). Einen eventuell übersteigenden Betrag muss der Patient selbst draufzahlen. Das Draufzahlen kann der Patient vermeiden, wenn er sich von seinem Arzt (nur) ein preiswerteres Medikament (sog. Generikum) verschreiben lässt, das den benötigten Wirkstoff enthält, aber nicht teurer ist als der hierfür bestimmte Festbetrag.

Unverständnis herrscht aber dann bei unseren Beihilfeempfängern, wenn zwischen dem Verschreibungsdatum und dem Erstattungsdatum ein Festbetrag eingeführt wird, den der Antragsberechtigte weder erkennen kann und schon gar nicht die Möglichkeit hat, sich dagegen zu wehren.

GdP und PHPR haben gegenüber dem Ministerium angeregt, bei neu in die Festbetragsbindung gerateten

Wirkstoffen die vom Beihilfeberechtigten geltend gemachten Aufwendungen für das gewohnte Medikament doch noch ein letztes Mal in voller Höhe als beihilfefähig anzuerkennen bzw. zu erstatten, verbunden mit dem Hinweis, dass der Wirkstoff der Festbetragsbindung unterliegt und beim nächsten Mal nur in diesbezüglicher Höhe erstattet wird; das wäre logisch und im Rahmen der Fürsorgepflicht nicht mehr als anständig.

Seitens des Finanzministeriums sah man aber leider keine Möglichkeit, unserem Anliegen zu entsprechen; für eine solche Kulanzregelung bestehe keine Rechtsgrundlage im Saarländischen Beamtengesetz bzw. der Beihilfeverordnung, sodass der Landesrechnungshof der Beihilfestelle auf die Finger klopfen würde.

Damit seien der Beihilfestelle die Hände gebunden. Selbst die Ausstellung einer ärztlichen Bescheinigung mit Begründung, dass der Patient auf das Medikament XY unbedingt angewiesen ist, führt nicht zu einer sogenannten Härtefallregelung und der damit vollständigen Erstattung. Erstattet wird nur der Festbetrag, selbst wenn dieser erheblich (in Einzelfällen um einen dreistelligen Betrag) unter dem Abgabepreis der Apotheken liegt.

Dabei müsste auch dem Dienstherrn bewusst sein, dass er sich rechtlich auf dünnem Eis bewegt. Das Verwaltungsgericht in Saarlouis (VG SLS) hat es nämlich als verfassungswidrig und Verstoß gegen die Fürsorgepflicht moniert, dass die Beihilfeverordnung des Saarlandes überhaupt keine Härtefallregelung enthält. Bis diesbezüglich vom Verordnungsgeber Abhilfe geschaffen und eine Härtefallregelung in die Beihilfeverordnung aufgenommen worden ist, bleibt jeder Beihilfebescheid, der sich auf einen Festbetrag bezieht, rechtlich bedenklich. Da dem Land dies natürlich nicht passt und es weiterhin Geld auf Kosten der Beihilfeempfänger sparen will, wurde gegen die oben genannte VG-Entscheidung Berufung beim Oberverwaltungsgericht (OVG) des Saarlandes eingelegt. Somit tritt bis zu dessen Entscheidung keine Rechtskraft der VG-Entscheidung ein, welche die Beihilfestelle binden würde.

Also verfährt der Dienstherr momentan unverdrossen weiter, als gäbe es die VG-Entscheidung gar nicht.

Die schon zahlreich vorliegenden und noch kommenden Widersprüche von Beihilfeberechtigten werden einfach „auf Halde“ gelegt, bis das OVG irgendwann über die VG-Entscheidung bzw. die hiergegen eingelegte Berufung des Landes entschieden haben wird. Je nach Entscheidung des OVG erhalten dann (nur) die Antragsteller, die nach Erhalt ihrer Beihilfebescheide fristgerecht (innerhalb eines Monats) Widerspruch eingelegt hatten, einen negativen oder positiven Bescheid (im letzteren Fall mit Erstattung der beanspruchten Beihilfe).

Aus dieser Sachlage folgt, dass derzeit jedem Beihilfeberechtigten, dem eine Erstattung verweigert wird, die Einlegung des Widerspruchs (Begründung: Fehlende Härtefallregelung in der Beihilfeverordnung) anzuraten ist. Wie die Sache dann jedoch am Ende ausgeht, hängt von der mit Spannung erwarteten Entscheidung des OVG ab.

Von daher lautet der wohl bessere Rat vor jeder Verordnung in Anlehnung an einen bekannten Werbespruch: „Fragen Sie einfach Ihren Arzt oder Apotheker ...!“

3. Fallpauschale

Für eine Vielzahl von stationären Behandlungen, operativen Eingriffen etc. erstatten gesetzliche Krankenkassen den „Leistungserbringern“ (Ärzten, Kliniken ...) einen festen Betrag, die sog. Fallpauschale.

Bei Privatpatienten (Beihilfeberechtigten) stellen die Leistungserbringer, insbesondere Kliniken, häufig Rechnungen aus, die höher sind als die genannte Fallpauschale. Dies ist nicht weiter schlimm, sofern der Differenzbetrag Wahlleistungen (Zweibettzimmer, Chefarztbehandlung) enthält und der Beihilfeberechtigte sich dagegen bei seiner Krankenkasse abgesichert hat. Hat der Beihilfeberechtigte dies jedoch nicht getan und bei Einweisung ins Krankenhaus aus welchem Grund auch immer in seinem Vertrag mit dem Krankenhaus Wahlleistungen vereinbart, kommt es für ihn am Ende knüppeldick: Die Beihilfestelle lehnt dann jegliche Erstattung ab,

Fortsetzung auf Seite 6



BRENNPUNKT BEIHILFE

Fortsetzung von Seite 5

d. h., sie zahlt nicht nur den die Fallpauschale übersteigenden Betrag nicht, sondern verweigert die Erstattung der gesamten angefallenen Behandlungskosten. Diese erreichen nicht selten vierstellige und fünfstellige Beträge.

Die Begründung der Beihilfestelle, dass Wahlleistungen und Unterbringung im Zweibettzimmer seit 1995 nicht mehr beihilfefähig sind, ist zwar korrekt, jedoch ist die Verfahrensweise, die komplette Zahlung der ärztlichen Leistung zu verweigern, nicht korrekt und rechtlich mehr als fragwürdig. Vielmehr muss sich der Dienstherr hier die Frage stellen lassen, warum er nicht einmal in Höhe der Fallpauschale wie bei den gesetzlich Versicherten leistet. Der Differenzbetrag zur Chefarztbehandlung wäre natürlich vom Patienten selbst zu tragen.

Daher werden wir als GdP jetzt Maßnahmen ergreifen, die uns geeignet erscheinen, eine Veränderung im Sinne der Betroffenen herbeizuführen. Alle Versuche, den Dienstherrn auf der Sachebene zu überzeugen, sind nämlich fehlgeschlagen.

**Carsten Baum,
AG Beihilfe**



Anmeldung zum GdP-Feriencamp vom 25. Juli bis zum 1. August 2015 über: www.gdp.de/gdp/gdpsl.nsf/id/DE_Feriencamp

GdP-FERIENCAMP

Noch freie Plätze

Fürs Feriencamp in Britten in der ersten Woche der großen Ferien haben wir noch freie Plätze.

Die Teilnahmegebühr (Vollverpflegung) für Kinder unserer Mitglieder beträgt fürs 1. Kind 105 und fürs 2. Geschwisterkind 95 Euro; ab dem 3. Geschwisterkind übernimmt die GdP die Teilnahmegebühr.

Ansprechpartnerin vor Ort ist Susanne Langenfeld (Kreisgruppe Saarlouis).

L. Sch.



Anmeldung zum 1. Green Cup der JUNGEN GRUPPE am 13. Juni 2015 in Dillingen (Papiermühle) über www.jungegrippesaar.de

JUNGE GRUPPE

1. Greencup

Am 13. Juni 2015 findet auf dem Kunstrasenplatz des VfB Dillingen ab 10 Uhr der 1. Green Cup der JUNGEN GRUPPE (GdP) Saarland statt. Hierzu eingeladen sind alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des Landes, GdP-Mitglieder oder Nichtmitglieder. Wir werden insgesamt 16 Teams antreten lassen; das Startgeld pro Team beträgt schlappe 15 Euro.

D. M.

KREISGRUPPE SAARLOUIS

Runde Geburtstage – Wir gratulieren



Manfred Kneip (links) unter guten Freunden: Petra Wagner und Herbert Blass gratulieren.
Foto: Wagner

Am 2. April wurde unser Seniorenvertreter **Manfred Kneip** 75 Jahre alt. Ich besuchte Manfred gemeinsam mit dessen Stellvertreter, Herbert Blass, an seinem Geburtstag und überbrachte ihm die Glückwün-

sche seiner Kreisgruppe und ein Präsent. Manfred hat sich einfach gut gehalten, er ist fit und agil, sodass man ihm die 75 Jahre in keiner Weise ansieht. Daher nahm er es mit Humor, dass ich davon ausging, er würde erst 70 Jahre alt.

Lieber Manfred, wir wünschen dir auf diesem Wege noch einmal alles Gute, Glück und vor allem Gesundheit.

Am 1. April wurde **Elfriede Schnubel** 60 Jahre alt. Ich besuchte Elfriede, die zu Hause im Kreise ihrer Familie und mit Freunden feierte, an ihrem Geburtstag und überbrachte auch ihr die Glückwünsche ihrer Kreisgruppe und ein Geschenk. Der Landesbezirksvorsitzende Ralf Porzel und unser Seniorenvertreter Manfred Kneip zählten ebenfalls zu den Gratulanten. Liebe Elfriede, wir



Elfriede Schnubel (zwischen Ralf Porzel und Petra Wagner) hatte nach dem viel zu frühen Tod ihres Mannes, unseres ehemaligen Kreisgruppenvorsitzenden Dirk Schnubel, eine sehr schwere Zeit.
Foto: Wagner

wünschen auch dir auf diesem Wege noch einmal alles Gute, Glück und vor allem Gesundheit.

Petra Wagner, Vorsitzende



JUNGE GRUPPE

DGB-Jugend in Israel

Eine zehnköpfige Delegation der DGB-Jugend Saar Rheinland-Pfalz, bestehend aus Vertretern der jeweiligen Einzelgewerkschaften, also auch der GdP, besuchte im März die Partnergewerkschaft Histadrut in Israel.

Tel-Aviv/Saarbrücken. Dieses Jahr jährt sich zum 50. Mal die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Staat Israel. Nur 20 Jahre nach der Shoah war dies für Israel kein einfacher Schritt. Für beide Länder war es die Chance zu einem Neuanfang. Gewerkschaftliche Beziehungen mit der israelischen Histadrut (jetziger Dachverband der Gewerkschaften Israels) entwickelten sich jedoch bereits viel früher.

Seit Jahren findet im Rahmen einer internationalen Kooperation ein Austausch von jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern statt. Dabei besuchte eine zehnköpfige Delegation der DGB-Jugend Saar Rheinland-Pfalz, bestehend aus Vertretern der jeweiligen Einzelgewerkschaften, im März die Histadrut.

Im Rahmen dieser Delegation beschäftigte sich die Gewerkschaftsjugend

mit den deutsch-israelischen Beziehungen, dem Holocaust und dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Vor allem wurde bei dieser Delegation die letzte kriegerische Auseinandersetzung zwischen der Hamas und Israel im Gazastreifen, die Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger sowie der aktuelle Stand des Friedensprozesses, auch mit Hinblick auf die Wahlen des neuen Parlaments im März dieses Jahres, beleuchtet.

Nach meiner zweiten Delegationsreise ins „Heilige Land“ kann ich als Resümee abschließend sagen, je länger wir uns hautnah und intensiv mit dieser schwierigen Thematik vor Ort auseinandergesetzt haben, desto tiefer und komplizierter stellte sich uns der Konflikt dar. Es wird allen bewusst, dass pauschalisierte und allzu überstürzte Lösungsansätze in einem Konflikt, welcher weder schwarz noch weiß ist, nicht möglich sind.

Marvin Mayer, Teilnehmer für die JUNGE GRUPPE der GdP Saarland



Marvin Mayer (oben, 2. v. l.) bei der Berufsfeuerwehr in Givatayim, unten überwältigender Blick auf Felsendom und Klagemauer in Jerusalem

Fotos: Mayer



KREISGRUPPE SAARPFALZ

Glückwunsch zum Geburtstag

Die Kreisgruppe Saarpfalzkreis gratulierte ihrem Kollegen Egon Vicari, Gründungsmitglied der Gewerkschaft der Polizei, zum 91. Geburtstag. Diesen konnte er am 22. Februar feiern.

Zahlreich waren die Gratulanten erschienen. Viele davon sind ihm dienstlich über viele Jahre verbunden.

Nicht fehlen durften aber auch die Vertreter des öffentlichen Lebens, die ihm ebenfalls ihre Glückwünsche überbrachten.

Sichtlich gerührt über so viel Wertschätzung dankte Egon den Gratulanten.

Sein Zitat: „Das ist ein schöner Tag für mich. Ich fühle mich wieder wie in früheren Tagen in meinem Dienst.“

Die Geburtstagsgäste waren sich einig in dem Wunsch, dass dem Jubilar noch viele Jahre bei guter Ge-



Christoph Missy, Erwin Meiser, Werner Meier, Geburtstagskind Egon Vicari, Johannes Knerr, Jürgen Meiser, Wolfgang Scheid und Manfred Schmitz (v. l. n. r.)

Foto: Schmitz

sundheit und Wohlergehen beschiedenen sein mögen.

Ein Kollege brachte es beim Abschied auf den Punkt, indem er sagte:

„Egon, Dir wollen wir noch oft zum Geburtstag gratulieren.“

Manfred Schmitz, Seniorensprecher



POLIZEISELSORGE

Neuer Seelsorger für die saarländische Polizei



R. Renner Foto: GdP

Am 1. Juni beginne ich mit der Arbeit bei der Polizei. Deshalb möchte ich mich Ihnen gern vorstellen. Mein Name ist Rudolf Renner, ich bin 53 Jahre alt, geschieden und habe

zwei Söhne, 19 und 17. Ich bin in Bremen geboren und in Niedersachsen aufgewachsen. Nach Abitur und Zivildienst im Krankentransport habe ich in Bethel/Bielefeld, Tübingen und Hamburg Evangelische Theologie und Soziologie studiert. Zum Vikariat (der zweiten Ausbildungsphase bei Pfarrern) bin ich 1991 nach Sachsen gewechselt.

Nach meinem 2. Examen 1993 habe ich bis 1999 als Pfarrer in zwei Dörfern und als Studentenpfarrer an einer kleineren Technischen Universität gearbeitet. In dieser Zeit habe ich auch geheiratet und es wurden meine beiden Söhne geboren. Von 1999 bis 2007 haben meine ehemalige Frau und ich uns eine Pfarrstelle in Dresden geteilt. Diese Zeit endete mit unserer Trennung und späteren Scheidung. Seit 2007 bin ich als Springer in verschiedenen Gemeinden tätig und habe dörfliche, kleinstädtische und städtische Prägungen erlebt.

Seit 2002 arbeite ich ehrenamtlich als Notfallseelsorger in Dresden, mit inzwischen über 300 Einsätzen. Bei vielen Einsätzen bin ich Polizeibeamten/-innen begegnet und habe mit ihnen zusammengearbeitet – bei der Überbringung von Todesnachrichten, bei Verkehrsunfällen oder bei Einsätzen mit unklarer Todesursache. Viele dieser Begegnungen sind mir im Gedächtnis hängengeblieben. Bei manchen Gesprächen in der Nachsorge ist mir die angespannte Arbeitssituation in der Polizei, mancher Druck, mancher Frust und viel Einsatzbereitschaft deutlich geworden.

All das hat dazu geführt, dass ich schon seit Längerem als Seelsorger in der Polizei arbeiten möchte. Nach einem längeren Bewerbungsverfahren habe ich die Nachricht bekommen, dass ich am 1. Juni bei Ihnen

anfangen (gleich mit der Begleitung der Hundertschaft zum G7-Gipfel) als Nachfolger von Christine Unrath. In der ersten Zeit werde ich sehr viel unterwegs sein, um Sie und das Saarland (das mir bisher

nahezu unbekannt ist) kennenzulernen. Ich bin gespannt auf viele Begegnungen mit Ihnen und freue mich sehr auf diese Arbeit.

Rudolf Renner

Anzeige

Unser Schutzpaket für Polizeianwärter

Weil Sie immer alles geben, geben wir auch immer alles für Sie.

Die SIGNAL IDUNA Gruppe bietet allen Beschäftigten der Polizei umfassenden und bedarfsgerechten Versicherungsschutz für die Zeit der Ausbildung und selbstverständlich auch danach. Durch den Spezialversicherer Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft (PVAAG), ein Gemeinschaftsunternehmen der SIGNAL IDUNA und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verfügen wir über jahrzehntelange Erfahrung und kennen die Wünsche und den Bedarf der Polizistinnen und Polizisten besonders gut.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Rainer Pelzl
Direktionsbevollmächtigter der Landesdirektion Mitte
Mainzer Landstraße 69-71, 60329 Frankfurt am Main
Telefon 069 2985503, Fax 069 2985267
Mobil 0174 9051142, rainer.pelzl@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

